

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	11
1. Kapitel: Einleitung	19
A. Anlass der Untersuchung	19
B. Gang der Untersuchung	22
2. Kapitel: Historische Entwicklung und Rechtfertigungsansätze der Rücknahme der Lizenzbereitschaftserklärung	25
A. Rechtslage vor der Einführung der Rücknahme	25
I. Widerruflichkeit bis zur Eintragung in die Patentrolle: Reichspatentamt, PatG 1936	25
II. Widerruflichkeit bis zum Eingang der Lizenzbereitschaftserklärung beim Patentamt: Bundespatentgericht, PatG 1968	28
B. De lege lata: Rücknahme nach § 23 VII PatG	30
I. Anforderungen an eine die Zurücknahme hindernde Benutzungsanzeige	31
II. Unzulänglichkeiten des § 23 VII PatG in der derzeitigen Fassung	34
III. Bedürfnis einer Gesetzesänderung	39
3. Kapitel: Lösungsansätze für eine zukünftige Erweiterung der Rücknahme der Lizenzbereitschaftserklärung	45
A. Rücknahmemöglichkeiten in vergleichbaren Vorschriften aus dem Patentrecht	45

I. Rücknahme der Zwangslizenz nach § 24 VI 6 PatG	45
II. Rücknahme der Lizenzbereitschaftserklärung (开放许可) nach Art. 50 II des chinesischen Patentgesetzes mit Bezügen zur britischen Licence of Right nach Section 47 des UK Patents Act 1977	75
B. Weitere vergleichbare Vorschriften	98
I. Widerruf der Auslobung nach § 658 BGB	99
II. Die kartellrechtliche FRAND-Erklärung	121
III. Beendigung der Lizenzbereitschaftserklärung nach den allgemeinen Vorschriften	163
4. Kapitel: Rechtlicher Rahmen für die Erweiterung der Rücknahmemöglichkeit	181
A. Vorgaben des internationalen Rechts: TRIPs-Abkommen	181
I. Zielvorgaben nach Art. 7 und 8 TRIPs	181
II. Lizenzbereitschaftserklärung als Einschränkung des Patentmonopols im Sinne der Art. 30 und 31 TRIPs?	187
III. Fazit: Keine entgegenstehenden Vorschriften aus dem TRIPs-Abkommen	196
B. Verfassungsrechtliche Vorgaben für die Erweiterung des § 23 VII PatG	196
I. Patente als geistiges Eigentum nach Art. 14 I 1 GG: Zwischen Eigentumsschutz und Sozialbindung	197
II. Verfassungsmäßigkeit des rückwirkenden Wegfalls der Gebührenermäßigung bei Rücknahme	210

5. Kapitel: Zusammenfassung	231
6. Kapitel: Neukonzeption des § 23 VII PatG	239
A. De lege ferenda: Vorgeschlagene Gesetzesänderung	239
B. Schlussbetrachtung: Gesetzesfolgenabschätzung	242
Literatur	245
Entscheidungsregister	263

Inhaltsverzeichnis

1. Kapitel: Einleitung	19
A. Anlass der Untersuchung	19
B. Gang der Untersuchung	22
2. Kapitel: Historische Entwicklung und Rechtfertigungsansätze der Rücknahme der Lizenzbereitschaftserklärung	25
A. Rechtslage vor der Einführung der Rücknahme	25
I. Widerruflichkeit bis zur Eintragung in die Patentrolle: Reichspatentamt, PatG 1936	25
II. Widerruflichkeit bis zum Eingang der Lizenzbereitschaftserklärung beim Patentamt: Bundespatentgericht, PatG 1968	28
B. De lege lata: Rücknahme nach § 23 VII PatG	30
I. Anforderungen an eine die Zurücknahme hindernde Benutzungsanzeige	31
II. Unzulänglichkeiten des § 23 VII PatG in der derzeitigen Fassung	34
1. Anknüpfungspunkt für den Ausschluss der Rücknahme	34
2. Absoluter Vertrauensschutz	35
3. Unangemessene Risikoverteilung	37
4. Rückwirkende Erstattung der Gebührenermäßigung	38
5. Keine patentrechtlich wirksame Beschränkungsmöglichkeit	39
III. Bedürfnis einer Gesetzesänderung	39
1. Grammatische Auslegung	39
2. Historische Auslegung	40
3. Systematische Auslegung	41

4. Teleologische Auslegung	42
5. Rechtsfortbildung durch Analogie	43
3. Kapitel: Lösungsansätze für eine zukünftige Erweiterung der Rücknahme der Lizenzbereitschaftserklärung	45
A. Rücknahmemöglichkeiten in vergleichbaren Vorschriften aus dem Patentrecht	45
I. Rücknahme der Zwangslizenz nach § 24 VI 6 PatG	45
1. Vergleichbarkeit von Zwangslizenz und Lizenzbereitschaftserklärung	49
a. Systematischer Zusammenhang	49
b. Inhaltliche Verwandtschaft trotz Spiegelbildlichkeit	50
c. Ausübung durch Privatinitiative	51
d. Nutzungsrecht kraft Gesetzes als unmittelbare Rechtsfolge	52
2. Rücknehmbarkeit nach § 24 VI 6 PatG	53
a. Fortfall der Geschäftsgrundlage für die Zwangslizenz	54
b. Rückschlüsse auf die Erweiterung der Rücknahme der Lizenzbereitschaftserklärung	56
aa. Unzumutbarkeit der Änderung bzw. des Wegfalls grundlegender Umstände im Benutzungsverhältnis	56
bb. Rücknahmeerweiterung als gerechte Risikoverteilung	59
(1) Berechtigte Nutzungsuntersagung	59
(2) Wesentliche Veränderung der für die Vergütung maßgeblichen Umstände	62
(3) Zweckstörung: Beschränkung des Nutzungsrechts	66
c. Fazit	73

II. Rücknahme der Lizenzbereitschaftserklärung (开放许可) nach Art. 50 II des chinesischen Patentgesetzes mit Bezügen zur britischen Licence of Right nach Section 47 des UK Patents Act 1977	75
1. Einführung einer chinesischen Lizenzbereitschaftserklärung	77
2. Rücknahmevoraussetzungen	79
3. Rückschlüsse für die deutsche Lizenzbereitschaftserklärung	83
a. Widerruflichkeit nach Benutzungsanzeige	83
b. Kein rückwirkender Wegfall der Gebührenermäßigung	87
c. Zustimmungsvorbehalt	89
d. Administratives Verfahren: Widerspruch bei berechtigtem Interesse	91
aa. Prüfungskompetenz des DPMA: Briefkastentheorie vs. Untersuchungsgrundsatz	92
bb. Eintragung ins Register	95
4. Fazit	96
B. Weitere vergleichbare Vorschriften	98
I. Widerruf der Auslobung nach § 658 BGB	99
1. Lizenzbereitschaft als auslobungsähnliches Versprechen	99
a. Rechtsnatur	99
b. Empfangsbedürftigkeit	101
aa. Erklärungsadressat	101
bb. Bewertung der abweichenden Empfangsbedürftigkeit	102
2. Rückschlüsse von der Auslobung auf die Lizenzbereitschaftserklärung	103
a. Relativer Zeitpunkt der Widerrufbarkeit	103
b. Abgrenzung zur relativen Wirkung der Rücknahme	108
c. Nachträgliche Anpassung des Nutzungsrechts	109

d. Schadensersatzansprüche des Nutzers bei Rücknahme vor Benutzungsanzeige	113
aa. Patentreolle	114
bb. Lizenzbereitschaftserklärung als Gegenentwurf	117
3. Zusammenfassung	118
II. Die kartellrechtliche FRAND-Erklärung	121
1. Vergleichbarkeit von Lizenzbereitschaft und FRAND- Selbstverpflichtung	122
a. Freiwillige Selbstbeschränkung	123
b. Einschränkung der Verbotungsrechte	127
c. Vorverlagerung der Schutzwürdigkeit zur Vermeidung von Verzögerungstaktiken	129
2. Unwiderruflichkeit der kartellrechtlichen FRAND- Erklärung	133
a. Rückabwicklung	134
b. Rechtsnatur	135
aa. Invitatio ad Offerendum	135
bb. Offerta ad Incertas Personas	139
cc. Vertrag zugunsten Dritter	141
dd. Letter of Intent	143
ee. Angebot auf Abschluss eines Vorvertrags zugunsten Dritter	144
ff. Unterschiede zur Lizenzbereitschaftserklärung	147
c. Dingliche Natur	148
aa. Vorliegen der Voraussetzungen für die Analogie	151
(1) Planwidrige Regelungslücke	153
(2) Vergleichbare Interessenlage	159
bb. Zwischenergebnis: Keine dingliche Wirkung aufgrund analoger Anwendung des § 23 PatG	161
3. Bewertung der Unterschiede: Keine Übertragbarkeit der Unwiderruflichkeit auf die Lizenzbereitschaftserklärung	162

III. Beendigung der Lizenzbereitschaftserklärung nach den allgemeinen Vorschriften	163
1. Anwendbarkeit allgemeiner Vorschriften auf die Lizenzbereitschaftserklärung	164
2. Anfechtung der Lizenzbereitschaftserklärung gemäß §§ 119 ff. BGB	165
a. Auswirkung der Anfechtung auf die Doppelnatur der Lizenzbereitschaft	165
aa. Verfahrensrechtliche Wirkung der Lizenzbereitschaftserklärung	165
bb. Materiell-rechtliche Wirkung der Lizenzbereitschaftserklärung	169
cc. Durchschlagen der materiell-rechtlichen Anfechtung auf Verfahrensebene	170
(1) Materiell-rechtliche Nichtigkeit der Lizenzbereitschaftserklärung ex tunc	170
(2) Registerrechtliche Behandlung	171
b. Anfechtung von Erklärungen gegenüber dem DPMA	174
c. Anfechtungsfrist	177
3. Notwendigkeit einer über die Anfechtung hinausgehenden Rücknahme	179
4. Kapitel: Rechtlicher Rahmen für die Erweiterung der Rücknahmemöglichkeit	181
A. Vorgaben des internationalen Rechts: TRIPs-Abkommen	181
I. Zielvorgaben nach Art. 7 und 8 TRIPs	181
II. Lizenzbereitschaftserklärung als Einschränkung des Patentmonopols im Sinne der Art. 30 und 31 TRIPs?	187
1. Patentausnahme nach Art. 30 TRIPs	188
a. Unangemessene Beeinträchtigung der normalen Verwertung des Patents	189
b. Begrenzte Ausnahme	190
2. Lizenzbereitschaftserklärung als Zustimmung des Rechteinhabers im Sinne des Art. 31 TRIPs	193

III. Fazit: Keine entgegenstehenden Vorschriften aus dem TRIPs-Abkommen	196
B. Verfassungsrechtliche Vorgaben für die Erweiterung des § 23 VII PatG	196
I. Patente als geistiges Eigentum nach Art. 14 I 1 GG: Zwischen Eigentumsschutz und Sozialbindung	197
1. Patentschutz als Institutsgarantie?	199
2. Gewährleistungsumfang: Schutz der eigenverantwortlichen Verwertung des Patentrechts	202
3. Sozialbindung des Patentrechts	205
a. Eingriff durch § 23 VII PatG	205
b. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	206
II. Verfassungsmäßigkeit des rückwirkenden Wegfalls der Gebührenermäßigung bei Rücknahme	210
1. Gebührenhöhe	210
a. Vereinbarkeit mit Art. 14 I GG	211
aa. Schutzzumfang	211
bb. Verhältnismäßigkeit der hälftigen Jahresgebühren	212
(1) Erwägungen zur Kostendeckung	213
(a) Patentinhaber als Kostenträger	213
(b) Bestimmung der Gebührenhöhe anhand der erbrachten Gegenleistung	214
(2) Lenkungsfunktion: Sozialbindung und Qualitätssicherung	217
b. Vereinbarkeit mit Art. 3 I GG	219
aa. Ungleichbehandlung durch das gesetzlich vorgesehene Gebührensystem	219
bb. Urheberrecht als wesentlich Gleiches?	220
c. Vereinbarkeit mit Art. 20 I GG	223
d. Zwischenergebnis: Verfassungsmäßigkeit der Gebührenhöhe nach § 23 I 1 a. E. PatG	226
2. Nachzahlungspflicht des Unterschiedsbetrags	226
a. Rechtlich relevante Ungleichbehandlung gegenüber anderen Lizenzbereitschaftserklärungen	227

b. Rechtfertigung der Ungleichbehandlung	227
5. Kapitel: Zusammenfassung	231
6. Kapitel: Neukonzeption des § 23 VII PatG	239
A. De lege ferenda: Vorgeschlagene Gesetzesänderung	239
B. Schlussbetrachtung: Gesetzesfolgenabschätzung	242
Literatur	245
Entscheidungsregister	263